

**Die 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der
KP Chinas (23.-29.2.1980) und die politische Grundsatzrede
Deng Xiaopings über die Aufgaben der Kommunistischen
Partei Chinas in den 80er Jahren (16.1.1980)**

Peter Schier

**I. Einleitung
Ein Überblick über das
5. Plenum**

Nur 14 Monate nach der für die chinesische Gegenwartsgeschichte überaus bedeutsamen 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978, auf der die in ihrem Gehalt anti-maoistische politische Linie der "Realisten" (1) um Deng Xiaoping zur offiziellen Parteilinie erklärt und die graduelle Entmachtung der maoistischen Restfraktion in der Parteizentrale begonnen worden war (2), hat die 5. Plenartagung im Februar 1980 eine weitgehende personelle Absicherung des neuen Kurses vollzogen, mit der Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten und Mao-Gegenspielers Liu Shaoqi die Demaoisierung fortgesetzt (3) und mit der politischen Ausschaltung von 4 prominenten maoistischen Politbüromitgliedern die Entmaofizierung der Parteispitze weitgehend abgeschlossen. Die 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh war nicht nur der vorläufige Höhepunkt des nach dem Tode Mao Zedongs mit dem Sturz der "Viererbande" eingeleiteten Prozesses der Demaoisierung und Entmaofizierung, sondern vor allem auch ein Markstein hinsichtlich der Regelung der Nachfolgefrage und - damit verbunden - der langfristigen personellen Absicherung des "realistischen" Kurses von Deng Xiaoping u.a. Obwohl Mao Zedong, der frühere Parteivorsitzende, im offiziellen Kommuniqué der 5. Plenartagung nur einmal namentlich erwähnt wurde und von den "Mao-Zedong-Ideen" nicht einmal die Rede war, wurden Mao Zedongs Fehler, wie z.B. der "Große Sprung nach vorn" und die "Große Proletarische Kulturrevolution", auch auf dieser Plenartagung nicht offen kritisiert. Solange jedoch diese Fehler Mao Zedong nicht namentlich angelastet werden und stattdessen alle Schuld auf Lin Biao und die "Viererbande" geschoben wird, dürften nicht nur viele Funktionäre auf der mittleren und unteren Ebene weiterhin zögern, den offensichtlich antimaoistischen neuen Kurs in die Tat umzusetzen, sondern auch viele Menschen in der VR China weiterhin an der Langlebigkeit des Kurses der "Vier Modernisierungen" ihre Zweifel haben. Um diesen Ängsten und Befürchtungen unter der Bevölkerung endgültig die Grundlage zu entziehen und der in der letzten Zeit in den chinesischen Massenmedien beklagten Vertrauenskrise in die KPCh und die "Vier Modernisierungen" wirksam entgegenzutreten, wird eine offene und schonungslose Abrechnung mit Maos Fehlern bei gleichzeitiger Würdigung seiner Verdienste unumgänglich sein. Der XII. Parteitag der KPCh, der Ende 1980/Anfang 1981 stattfinden wird, könnte hierfür eine adäquate Tribüne sein.

An der 5. Plenartagung, die vom 23.-29. Februar 1980 in Peking stattfand, nahmen 201 ZK-Mitglieder und 118 Kandidaten des Zentralkomitees teil. Ferner waren 37 führende Funktionäre verschiedener Regionen und Abteilungen mit beratender Stimme zugegen (4). Wie schon auf der 4. Plenartagung im September 1979 (5) fehlten also 14 ZK-Mitglieder und 13 Kandidaten, die auf dem letzten Parteikongreß, dem XI., im August 1977 gewählt worden waren und mittlerweile höchstwahrscheinlich aufgrund ihrer engen Verbindungen zu Mao und der "Viererbande" aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen worden sind (6). Auf der 7tägigen Tagung, die vom Parteivorsitzenden Hua Guofeng geleitet wurde, standen folgende 11 Punkte auf der Tagesordnung:

1. Reden von Hua Guofeng, Ye Jianying, Deng Xiaoping, Li Xiannian und Chen Yun (unveröffentlicht)
2. Beschluß über die vorfristige Einberufung des XII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas
3. Wahl von Hu Yaobang und Zhao Ziyang zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh
4. Entfernung von 4 prominenten maoistischen Politbüromitgliedern (Wang Dongxing, Chen Xilian, Wu De und Ji Dengkui) aus allen Führungspositionen in Partei und Staat
5. Beschluß über die Errichtung des Sekretariats des Zentralkomitees
6. Wahl von Hu Yaobang zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPCh
7. Wahl von 11 Sekretären des Sekretariats des Zentralkomitees der KPCh
8. Beratung und Billigung des Abänderungsentwurfs des "Statuts der Kommunistischen Partei Chinas"
9. Beratung und Billigung von 12 "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei"
10. Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Liu Shaoqi
11. Beschluß eines Vorschlags an den Nationalen Volkskongreß, die in Artikel 45 der Verfassung der Volksrepublik China enthaltene Formulierung, die Bürger "haben das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen", zu streichen.

Hauptthema der 5. Plenartagung des XI. ZK der KPCh war also die weitere politische Ausrichtung der Partei auf den Kurs der "Vier Modernisierungen" (Produktion statt Revolution, Harmonie statt Klassenkampf) sowie die weitere personelle Absicherung dieses politischen Kurses der "Realisten" um Deng Xiaoping. Wirtschaftsfragen standen nicht auf der Tagesordnung der 5. Plenartagung, da der Volkswirtschaftsplan für 1980 bereits auf einer nationalen Planungskonferenz zwischen November und Dezember 1979 ausgearbeitet worden war, und der stellvertretende Ministerpräsident und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Li Xiannian, bereits am 10. Februar innerhalb der Partei einen Bericht über die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme gegeben hatte.

Der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh voraus ging die 2. Plenarsitzung der Disziplinarkontrollkommission vom 7.-25. Januar 1980, die die Rehabilitierung Liu Shaoqis und andere Beschlüsse des Zentralkomitees vorbereitete. Zwei Beschlüsse der 5. Plenartagung, nämlich die Rehabilitierung Liu Shaoqis und die Änderung des Verfassungsartikels 45, waren bereits am 16. Januar 1980 von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping vorweggenommen worden: Deng hielt vor einer Kulisse von 10.000 Funktionären eine politische Grundsatzrede "Über die gegenwärtige Lage und die anstehenden Aufgaben", in der er eine Bestandsaufnahme der politischen Entwicklung seit Maos Tod und dem Sturz der "Viererbande" vornahm und die Aufgaben der KPCh in den achtziger Jahren benannte. Sowohl der Rede Dengs, die in allen Landesteilen von Partei- und Regierungsorganen sowie verschiedenen Organisationen studiert und in ihrem Kerninhalt von den Massenmedien verbreitet wurde, als auch der 5. Plenartagung kommt für die weitere Entwicklung der VR China eine große Bedeutung zu.

II. Produktion und "Law and Order" - eine Zusammenfassung von Deng Xiaopings Grundsatzrede "Über die gegenwärtige Lage und die anstehenden Aufgaben"

Etwas mehr als einen Monat vor der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh hielt Chinas stellvertretender Ministerpräsident und stellvertretender Parteivorsitzender Deng Xiaoping, der als der Protagonist des nach dem Tode Maos und dem Sturz der "Viererbande" eingeschlagenen neuen Kurses in der VR China bezeichnet werden muß, am 16. Januar 1980 eine Rede über die bisherigen Ergebnisse des von ihm maßgeblich geprägten politischen Kurses und die Aufgaben der KPCh in den achtziger Jahren. Deng hielt diese Rede, die als von weitreichender Bedeutung für die kurz- und mittelfristige Entwicklung der VR China angesehen werden muß, auf einer vom Zentralkomitee einberufenen Kaderkonferenz, an der 10.000 Funktionäre teilnahmen

(7). Einem Bericht der Hongkonger kommunistischen Zeitschrift Dongxiang zufolge soll es sich dabei um die Nationale Arbeitskonferenz über Erziehungs- und Ausbildungsfragen (5.-23.1.1980) gehandelt haben, wobei Deng allerdings vor einem erweiterten Zuhörerkreis gesprochen habe (8). Der Schwerpunkt der Rede Deng Xiaopings lag eindeutig auf den Problemen im Zusammenhang mit der Verwirklichung der "Vier Modernisierungen", auf der Schaffung einer Situation von "Stabilität und Einheit" und auf der Stärkung der Rolle der Partei. Produktion und "Law and Order" standen also im Vordergrund einer Rede, die in allen Landesteilen auf allen Ebenen diskutiert (9) und in ihrem Kerninhalt von den chinesischen Massenmedien verbreitet wurde (10). Die große interne und indirekte Verbreitung der Rede Deng Xiaopings, die bisher noch nicht im Wortlaut von den chinesischen Massenmedien verbreitet wurde, weist auf die große Bedeutung hin, die die chinesische Partei- und Staatsführung dieser politischen Grundsatzrede beimißt. Im folgenden soll deshalb eine Zusammenfassung dieser in 3 Hauptteile gegliederten Mammutrede (über 20.000 Schriftzeichen) gegeben werden.

1. Die 3 Hauptaufgaben der 80er Jahre und die innere Lage zu Beginn der neuen Dekade.

1.1. Die 3 Hauptaufgaben der 80er Jahre

1.1.1. Kampf gegen Hegemonismus und Erhaltung des Weltfriedens

Deng betonte, daß der Anti-Hegemonismus auch in Zukunft tagtäglich auf der Tagesordnung der chinesischen Außenpolitik stehen werde, da sich Ereignisse wie in Afghanistan oder in Südostasien (Vietnams Vorgehen gegen Laos und Kambodscha) auch in Zukunft wiederholen würden.

Der von Deng propagierte Kampf gegen den Hegemonismus richtet sich vor allem gegen das sowjetische Vormachtstreben in allen Teilen der Erde. Nachdem Peking den Vorwurf des Revisionismus an die Adresse Moskaus fallen ließ, wurde das Hegemoniestreben der UdSSR zum Hauptstreitpunkt des sino-sowjetischen Konfliktes. Indem Deng Xiaoping den Anti-Hegemonismus zu einer der drei Hauptaufgaben der 80er Jahre deklarierte, schloß er damit praktisch eine Beendigung des sino-sowjetischen Konfliktes in diesem Zeitraum aus.

1.1.2. Wiedervereinigung des Landes, d.h. Angliederung Taiwans an die Volksrepublik China

Obwohl es - so Deng Xiaoping - noch verschiedene Komplikationen gebe, wolle man sich nach Kräften bemühen, dieses Ziel in den 80er Jahren zu erreichen.

1.1.3. Beschleunigung des ökonomischen Aufbaus, d.h. beschleunigter Aufbau für die "Vier Moder-

nisierungen".

Die "Vier Modernisierungen" bedeuteten - so Deng - zunächst wirtschaftlichen Aufbau, da z.B. der Aufbau der Landesverteidigung ohne eine gewisse ökonomische Basis nicht möglich sei. Wissenschaft und Technik müßten hauptsächlich dem wirtschaftlichen Aufbau dienen.

Die Modernisierung Chinas ist - nach Deng - der eigentliche Kern der drei genannten Hauptaufgaben in den 80er Jahren. Die Modernisierung Chinas sei die Grundvoraussetzung für die Lösung der nationalen und internationalen Probleme der Volksrepublik China. Deshalb seien die "Vier Modernisierungen" die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche, von der man nicht mehr abweichen werde.

1.2. Die innere Lage zu Beginn der 80er Jahre

Deng Xiaoping bezeichnete die innere Lage Chinas zu Beginn der 80er Jahre als äußerst günstig, da es gelungen sei, in den etwas mehr als drei Jahren seit dem Sturz der "Viererbande", vor allem jedoch seit der 3. Plenartagung im Dezember 1978, eine grundlegende Änderung sowohl des Zustands der Partei und der Führungsorgane von Partei und Staat als auch der ideologischen Linie zu erreichen.

Deng Xiaoping nannte zehn Kriterien für die "grundlegende Veränderung der politischen Lage" in der Volksrepublik China in den letzten drei Jahren:

1.2.1. Die "Viererbande" wurde entlarvt, ihr fraktionelles Netzwerk im ganzen Land zerschlagen und ihre ultra-linke Linie ausgemerzt. Darüber hinaus sind - nach Deng - die Führungsorgane aller Arten von Organisationen auf allen Ebenen im Landesmaßstab "im wesentlichen ausgerichtet", d.h. von maoistischen Linken gesäubert worden. Deng zur Ausschaltung seiner maoistischen Gegner: "Dies ist die politische Garantie für die verschiedenen Erfolge in den letzten drei Jahren gewesen" (11).

1.2.2. Das demokratische Leben innerhalb und außerhalb der Partei sei wiederbelebt und mit der Verabschiedung eines Strafrechts und einer Strafprozeßordnung ein großer Schritt in der Verwirklichung einer strikten sozialistischen Rechtsordnung getan worden.

1.2.3. Über 2,9 Mio. zu Unrecht beschuldigter und verfolgter Personen seien bisher rehabilitiert worden, darunter der verstorbene frühere Verteidigungsminister und Mao-Gegner Peng Dehuai u.a. Deng erwähnte in diesem Zusammenhang, daß man nun auch den "Genossen Liu Shaoqi" rehabilitieren werde - damit nahm er praktisch die Entscheidung der 5. Plenartagung voraus. Unter den Rehabilitierten befanden sich - so Deng - auch sehr viele im Jahre 1957 fälschlicherweise als "Rechte" beschuldigte und verfolgte Personen. Die Anti-Rechts-Bewegung im

Anschluß an die Hundert-Blumen-Bewegung 1957 sei jedoch absolut notwendig gewesen, um gegen den damaligen anti-sozialistischen und Anti-Parteitrend zum Gegenschlag auszuholen. Der Fehler habe vielmehr darin gelegen, daß man zu viele Leute als "Rechte" beschuldigt und zu harte Maßnahmen ergriffen habe.

Diese Einschätzung der Anti-Rechts-Bewegung zeigt, daß Deng Xiaoping keineswegs ein Vertreter einer politischen Liberalisierung ist, die bereits während der Hundert-Blumen-Kampagne von vielen damaligen Oppositionellen gefordert worden war. Zudem: Deng war 1957 einer der prinzipiellen Befürworter der Anti-Rechts-Bewegung.

1.2.4. Rehabilitierung der sozialen Schicht der Intelligenz und Neueinschätzung der überwältigen Mehrheit der früheren "Grundherren", "Großbauern" und "Kapitalisten" als sozialistische Werktätige.

1.2.5. Zusammenfassung der Erfahrungen und Lehren aus der Kulturrevolution und den dreißig Jahren der Geschichte der Volksrepublik China und Wiederherstellung des Rufes und der Traditionen des VIII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas vom September 1956 (auf dem u.a. die "Mao-Zedong-Ideen" nicht mehr in die Parteisatzung aufgenommen wurden und Deng Xiaoping zum Generalsekretär des ZK der KPCh aufstieg). Die Rede von Marschall Ye Jianying am 29. September 1979 zur Feier des 30. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China stelle die Bilanz der Kulturrevolution und der dreißigjährigen Geschichte der Volksrepublik China dar, die das Zentralkomitee der Partei gezogen habe (12). Die künftige Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas solle in etwa so geschrieben werden - nicht zu genau, denn das sei nicht opportun. Auch in Zukunft müsse man bei der Lösung von Problemen der Vergangenheit, d.h. bei der Bewertung von Personen und geschichtlichen Ereignissen, etwas allgemeiner bleiben und nicht zu konkret werden.

Diese Art von Vergangenheitsbewältigung scheint darauf hinzudeuten, daß es Deng auch in Zukunft nicht daran gelegen ist, den verstorbenen früheren Parteivorsitzenden Mao Zedong offen anzugreifen (13).

1.2.6. Korrekte Erklärung der "Mao-Zedong-Ideen" und Wiederherstellung ihres eigentlichen Inhalts.

Auf welche Weise die "Mao-Zedong-Ideen" wiederhergestellt wurden, läßt sich in der bereits erwähnten Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden Ye Jianying vom 29. September 1979 nachlesen. Dort heißt es u.a.: "Natürlich sind die Mao-Zedong-Ideen nicht allein das Produkt der Weisheit des Genossen Mao Zedong, sondern zugleich Produkt der Weisheit seiner Kampfgefährten, der Partei und der revolutionären Massen... Die Mao-Zedong-Ideen sind die Kristallisation der Erfahrungen eines halben Jahrhun-

derts Revolutionskampf und Aufbau der neuen Gesellschaft, sind Kristallisation der kollektiven Weisheit der KP Chinas". Die Interpretation, daß die "Mao-Zedong-Ideen" nicht allein das Produkt Maos, sondern gleichzeitig auch das "seiner Kampfgefährten" seien, ist ein sehr geschickter ideologischer Schachzug: Nun kann nämlich auch das politische Gedankengut von Zhou Enlai und Deng Xiaoping unter die "Mao-Zedong-Ideen" subsumiert und ihr eigentlicher maoistischer Gehalt eliminiert werden. Am Ende dieses ideologischen Drahtseilaktes stehen dann "Mao-Zedong-Ideen", die ihrem Inhalt nach stramm maoistisch sind und an denen nur noch der Name selbst an Mao Zedong erinnert. Von einer "Wiederherstellung" des eigentlichen Inhalts der "Mao-Zedong-Ideen" kann also keine Rede sein, sondern nur von einer totalen Verdrehung (14).

1.2.7. Erziehung, Wissenschaft und Kultur seien wieder in das rechte Gleis gerückt worden.

1.2.8. Wieder ins rechte Lot gebracht seien auch die Arbeit der Ämter für Öffentliche Sicherheit, der Staatsanwaltschaften und der Gerichte, die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten und die der Nationalen Einheitsfront, die Behandlung der Arbeiter, Jugendlichen und Frauen und andere Arbeitsbereiche.

1.2.9. Die Wiederherstellung der Wirtschaft auf den gegenwärtigen Stand bezeichnete Deng Xiaoping als einen bedeutenden Erfolg. Zuvor habe man mehr als 20 Jahre lang den Arbeitsschwerpunkt nicht auf den ökonomischen Aufbau gelegt, was zu erheblichen wirtschaftlichen Problemen geführt habe. Insbesondere während der Kulturrevolution sei der chinesischen Wirtschaft erheblicher Schaden zugefügt worden. Die schlechte Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet sei jedoch nicht den Wirtschaftsbehörden anzulasten, sondern ausschließlich der Zentrale - ein deutlicher Seitenhieb auf Mao, der immer den Vorrang der Politik gegenüber der Produktion betont hatte. In Zukunft müsse man weiter den Weg gehen, den man in den vergangenen drei Jahren, insbesondere im letzten Jahr, gegangen sei und mit dem man "gewaltige Erfolge" erzielt habe. Es bedürfe jedoch weiterer Wirtschaftsreformen, um die noch bestehenden Wirtschaftsprobleme lösen zu können. Dabei sind - Deng zufolge - die meisten Probleme in den Städten, d.h. in den Industriegebieten, angesiedelt, während die Landwirtschaft offenbar keine größeren Sorgen bereitet.

1.2.10. Außenpolitische Erfolge. An erster Stelle nannte Deng Xiaoping hier die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika und den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Deng trat die Ansicht, daß die Volksrepublik China mit ihrem Angriff auf Vietnam sowohl einen militärischen als auch einen politischen Sieg davongetragen habe. Dies habe eine bedeutende Rolle in der Stabilisierung der Situation in

Südostasien und im Kampf gegen den Hegemonismus gespielt und werde dies auch zukünftig tun.

2. Vier Voraussetzungen für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen"

2.1. Eine feste, unverrückbare und von Anfang bis Ende konsequente politische Linie.

Diese Linie sei bereits festgelegt und zum ersten Mal von Marschall Ye Jianying in seiner Rede zur Feier des 30. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China konkret benannt worden: "Die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes zusammenschließen, alle positiven Faktoren in Bewegung setzen, mit einem Herz und einer Seele und unter Anspannung aller Kräfte vorwärtsstreben, um 'mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' eine moderne sozialistische Großmacht aufzubauen" (15).

Deng bezeichnete diesen Kurs als die langfristige Hauptaufgabe und die "Generallinie" der gegenwärtigen Epoche.

Diese neue "Generallinie", die die Harmonie und die Produktion in den Vordergrund des sozialistischen Aufbaus stellt, unterscheidet sich diametral von der "Generallinie" der Mao-Ära, die dem Klassenkampf und der Revolution absoluten Vorrang zugewiesen hatte (16). In Anspielung auf die maoistische Generallinie führte Deng Xiaoping in seiner Rede aus, daß man in den vergangenen 30 Jahren den Arbeitsschwerpunkt nie auf den sozialistischen Aufbau gelegt habe. Dies habe u.a. dazu geführt, daß sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur langsam, unbeständig und unausgeglichen entwickelt hätten und daß der Lebensstandard des Volkes nicht in großem Maße verbessert werden konnte. Die zehn Jahre andauernde Kulturrevolution, die Deng Xiaoping als eine "sehr große Katastrophe" bezeichnete, habe diese Effekte noch erheblich verschlimmert. Hätte es in der Vergangenheit nicht - so bedauerte Deng Xiaoping - jene ständigen linken Störungen, wie z.B. den Großen Sprung nach vorn und die Kulturrevolution, gegeben, dann stünde China heute auf allen Gebieten besser da. Um China zu einer modernen sozialistischen Großmacht aufzubauen, müsse man daher jetzt den Schwerpunkt auf den ökonomischen Aufbau legen und nicht mehr davon abweichen. Dabei müßten die Ungleichgewichte auf dem Wirtschaftssektor beseitigt und die Planung weiter verbessert werden. Um die Modernisierung zu verwirklichen, müsse jedoch künftig auch mehr Kapital in den Erziehungs- und Wissenschaftsbereich sowie in den Kultur- und Gesundheitssektor investiert werden. Deng äußerte die Überzeugung, daß es mit der Schwerpunktverlagerung auf den Wirtschaftsaufbau in Zukunft gelingen werde, die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen zu beweisen.

2.2. Eine politische Lage, die durch Stabilität und Einheit gekennzeichnet ist.

Dem Unterpunkt "Stabilität und Einheit" (wörtliche Übersetzung von anding tuanjie; eine treffendere Übertragung ist m.E. "Law and Order") widmete Deng Xiaoping ein gutes Viertel seiner Rede. Ohne Stabilität und Einheit - so betonte Deng Xiaoping - sei ein Aufbau in geordneten Bahnen nicht möglich. Man wolle jedoch nicht nur Stabilität und Einheit, sondern auch eine lebendige politische Atmosphäre - letztere dürfe allerdings nicht zu einem Hindernis bzw. Störfaktor für die Stabilität und Einheit im Lande werden. Um die Überlegenheit des Sozialismus zum Ausdruck zu bringen, müßten die gesellschaftlichen Produktivkräfte im großen Maße entwickelt und das materielle und geistige Leben des Volkes graduell verbessert werden. Gerade dies sei aber eben nur in einer politischen Lage, die durch Stabilität und Einheit gekennzeichnet sei, möglich. Der beste Beweis hierfür seien die politischen Massenbewegungen, die seit 1957 durchgeführt wurden: Jede einzelne Kampagne habe zur Vernachlässigung vieler wichtiger Dinge und zur Schädigung vieler Menschen geführt.

Unter den Faktoren, die die angestrebte Stabilität und Einheit beeinträchtigen, nannte Deng Xiaoping vor allem "die sogenannten 'Demokraten' und die sogenannten 'Oppositionellen', wie eben Wei Jingsheng und Konsorten, die offen gegen das sozialistische System und die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas auftreten" (17). Man dürfe diese Leute ebensowenig unterschätzen wie die Anhänger der "Viererbände", die Konterrevolutionäre, Spione und Kriminelle: "Eine kleine Anzahl von Leuten ist in der Lage, unsere große Sache zu zerschlagen" (18). Deng Xiaoping forderte deshalb, gegen die genannten Gruppen künftig noch härter vorzugehen. Er beklagte, daß einige Parteimitglieder, "darunter nicht wenige Funktionäre", eine zu weiche Haltung gegenüber diesen Gruppen, insbesondere gegenüber den Aktivisten der demokratischen Bewegung, einnehmen. Deng dazu: "Es ist absolut verboten, für die Rede- und Pressefreiheit oder für die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit einzutreten, wenn damit auch Konterrevolutionäre mit einbezogen werden, und es ist keinesfalls erlaubt, mit diesen Leuten hinter dem Rücken der Partei in Kontakt zu treten. Ich meine damit jene Kontakte, die aus Sympathie gegenüber diesen Leuten herausgeknüpft werden. Kontaktaufnahme durch Genossen in Ausübung ihrer Arbeit (damit sind wahrscheinlich Angehörige der Sicherheitspolizei gemeint; Anm.d.Verf.) meine ich damit natürlich nicht. Verbindungen, die mit diesen Leuten aus Sympathie gegenüber ihnen geschlossen wurden, gibt es in der Tat. Z.B. sind einige Untergrundzeitschriften wirklich schön gedruckt: Doch woher kommt das Papier dafür? In welcher Druckerei wurden sie gedruckt? Diese Leute haben doch keine eigene Druckerei! Und gibt es in den Druckereien, die diese Dinge drucken, etwa keine kommunistischen Parteimitglieder? Unter

denen, die diese Leute unterstützen, gibt es eben gerade einige KP-Mitglieder und sogar nicht wenige Funktionäre. Diesen Parteimitgliedern muß klar gesagt werden, daß ihr Standpunkt außerordentlich falsch und extrem gefährlich ist. Wenn sie ihre Haltung nicht sofort grundlegend ändern, dann müssen sie von der Partei disziplinarisch bestraft werden" (19).

Deng weiter: "Vielleicht werden jetzt wieder einige Leute sagen, ob wir damit nicht wieder die Schrauben angezogen hätten? In dieser Frage haben wir noch nie die Schrauben gelockert - also kann auch von einem Anziehen der Schrauben nicht die Rede sein" (20). Konterrevolutionären habe man noch nie Aktionsfreiheit gelassen, und von einer Abschaffung der Diktatur des Proletariats sei auch noch nie die Rede gewesen. Überhaupt sei Demokratie nur dann möglich, wenn Stabilität und Einheit gewährleistet seien. Dafür müßten die Gesetze beachtet und Gesetzesübertreter bestraft werden, wobei jeder vor dem Gesetz gleich sei.

Zur Konsolidierung von Stabilität und Einheit sei nicht nur eine weitere Entwicklung der Wirtschaft und des Erziehungswesens notwendig, sondern auch eine weitere Vervollkommnung des Rechtssystems. Darüber hinaus müßten die für Propaganda, Erziehung, Theorie und Literatur und Kunst zuständigen Abteilungen mehr Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit von Stabilität und Einheit leisten.

Deng betonte, daß Meinungsvielfalt und die Austragung kontroverser Diskussionen durchaus erwünscht seien, solange sie nicht die Stabilität und Einheit im Lande beeinträchtigen. Man wolle eben eine sozialistische Demokratie und keine kapitalistische Demokratie verwirklichen. Doch bei der Verwirklichung von sozialistischer Demokratie und sozialistischem Recht dürfe man, ebenso wie bei den "Vier Modernisierungen", nicht auf die Methoden des Großen Sprungs nach vorn und der völlig freien Meinungsäußerung und Diskussion zurückgreifen. Vielmehr müsse dies schrittweise und kontrolliert vor sich gehen. Nach der Berücksichtigung der historischen Erfahrungen sei man deshalb zu dem Schluß gekommen, daß die "Vier großen Freiheiten", nämlich das Recht auf "freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen", nie eine positive Rolle gespielt hätten. Deshalb werde das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas dem Nationalen Volkskongreß vorschlagen, die "Vier großen Freiheiten" aus der Verfassung (Art.45) zu streichen.

Soviel Sympathie man dem neuen Kurs der chinesischen Parteiführung unter Deng Xiaoping entgegenbringen mag, die Abschaffung des Rechts auf Veröffentlichung von Wandzeitungen (die Freiheit der Rede ist weiterhin verfassungsmäßig garantiert) - eines der wenigen positiven Erbstücke der Kulturrevolution - ist eine höchst repressive Maßnahme, um die Veröffentlichung abweichender Ansichten voll-

ends zu unterbinden. Dieser Schritt ist nicht mehr eine Kanalisierung abweichender Meinungsäußerungen wie z.B. die Verlegung der "Demokratischen Mauern" in abgelegene Parks (21), sondern der Ausschluß jeglicher kontroverser Ansichten außerhalb der von der Kommunistischen Partei kontrollierten Medien - und das sind bekanntlich noch alle.

2.3. Ein Pioniergeist des harten Kampfes

Deng Xiaoping betonte, daß China ein armes Land mit unterentwickelter wirtschaftlicher Basis sei. Bei der Modernisierung des Landes werde China zwar auch ausländisches Kapital und ausländische Technologie verwenden und auch eine weitere große Ausdehnung des Außenhandels vornehmen, doch in der Hauptsache werde man sich auf die eigenen Kräfte verlassen. Dabei könnten die Lebensverhältnisse des Volkes nur auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion verbessert werden. Ohne Entwicklung der Produktion könne es keine Verbesserung des Lebensstandards geben.

In diesem Zusammenhang sprach sich Deng grundsätzlich für die Verteilung von Prämien nach dem Prinzip "jedem nach seiner Leistung" aus, griff jedoch solche Personen und Betriebe an, denen es ausschließlich um die Maximierung ihres Gewinns ginge, ohne dabei die Interessen des ganzen Landes zu berücksichtigen und die Disziplin zu beachten. 1979 habe es deshalb eine Inflation von Prämien gegeben: 5 Mrd. Yuan seien an Prämien ausbezahlt worden. Davon sei ein nicht unerheblicher Teil inkorrekt verteilt worden: Einige Betriebe hätten Prämien bekommen, ohne daß sie die Produktions- und Gewinnpläne erfüllt hätten. Manche Betriebe hätten auch willkürlich die Preise für manche Güter erhöht, um so mehr Prämien zu erhalten. Die Inflation der Prämien im letzten Jahr habe dazu geführt, daß an vielen Orten die Löhne für die Arbeiter durch Prämien um 100% gesteigert wurden. Dadurch seien erhebliche Ungerechtigkeiten in der Entlohnung entstanden, da beispielsweise die im Erziehungs- und Wissenschaftssektor Beschäftigten sowie die Angehörigen der Regierungsorgane und der Armee nicht in der Lage seien, ihr Einkommen durch Prämien zu erhöhen. Die inflationäre Verteilung von Prämien habe somit zu neuen sozialen Problemen geführt: Der Lebensstandard einer kleinen Minderheit sei verbessert worden, während dem ganzen Volk noch mehr Schwierigkeiten aufgebürdet worden seien. Hätte man 1979 2 Mrd. Yuan weniger an Prämien verteilt, dann ginge es heute allen etwas besser, und es wäre nicht notwendig gewesen, so viel Investbau-Projekte einzustellen. Deng Xiaoping sprach sich in seiner Rede nicht nur grundsätzlich für die Verteilung von Prämien nach dem Leistungsprinzip aus, sondern stellte sich auch voll hinter die Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte. Allerdings müsse man in Zukunft darauf achten, daß dadurch die Preise nicht zu sehr in Bewegung gerieten.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme betonte Deng Xiaoping, daß es auch in Zukunft notwendig sei, beim Aufbau des armen Landes hart zu kämpfen und ein einfaches Leben zu führen. Die Bezahlung nach dem Prinzip "jedem nach seiner Leistung" sei richtig, doch dürften darüber nicht die Interessen des Staates außer acht gelassen werden. Die Werktätigen müßten verstehen, daß sie nur einen Teil des durch Mehrarbeit gesteigerten Gewinns in Form von Prämien erhalten könnten, ein großer Teil dieser Gewinne müsse jedoch dem Staat zufließen, damit dieser das für die erweiterte Reproduktion und den Investbau notwendige Kapital zur Verfügung habe. Deng Xiaoping warnte davor, gegenüber dem Volk falsche Versprechungen bezüglich der Steigerung des Lebensstandards zu machen. Die Steigerung des Lebensstandards könne nur graduell und langsam vor sich gehen, da auch die Arbeitsproduktivität, die staatlichen Einnahmen, der Außenhandel und das Nationaleinkommen nicht auf einmal bzw. sehr schnell erhöht werden könnten. Deng gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß das Bruttosozialprodukt in China gegenwärtig bei über 200 US-Dollar pro Kopf liege. Wenn es gelänge, das Bruttosozialprodukt langfristig auf 1000 US-Dollar pro Kopf zu steigern, dann würde es der chinesischen Bevölkerung besser gehen als der in Singapur oder Hongkong, weil das sozialistische Gesellschaftssystem eine breitere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bedinge. Um dies zu erreichen und um die Lücke zwischen China und den entwickelten Ländern, die Deng Xiaoping mit "zwei bis drei Jahrhunderten, mindestens aber mehr als einem Jahrhundert" (22) bezifferte, zu schließen, werde man noch eine lange Zeit hart für den Aufbau arbeiten müssen.

Deng Xiaoping betonte, daß der Aufbau durch harte Arbeit von der Kommunistischen Partei ausgehen müsse. Gerade deshalb müsse einer Privilegierung der Parteimitglieder und Parteifunktionäre strikt entgegengetreten werden. In Fällen, in denen Erziehungsmaßnahmen ineffektiv blieben, müßten organisatorische Mittel oder sogar disziplinarische Bestrafungen vorgenommen werden.

Der Kampf gegen die Privilegien sei - so Deng - jedoch nur ein Problem in dem Komplex "Aufbau durch harte Arbeit": Das größte Problem sei vielmehr der Kampf gegen alle Arten von Verschwendung. Es müßten die Arbeitsproduktivität erhöht, die Abfallprodukte verringert, die Gestehungskosten gesenkt und der Grad der Kapazitätsauslastung erhöht werden. In Anbetracht der nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Landes bezeichnete Deng Xiaoping jegliche Art von Verschwendung als "Verbrechen" (23). Zum Thema Verschwendung gehöre auch die inflationäre Verteilung von Prämien. Vor kurzem hätten die betreffenden Abteilungen des Staatsrats eine neue Vorschrift über die Vergabe von Prämien ausgearbeitet, die nach ihrer offiziellen Verkündung strikt eingehalten werden müsse.

2.4. Eine Funktionärsschicht, die am sozialistischen Weg festhält und über Fachwissen und besondere Fähigkeiten verfügt.

Um in China unter dem sozialistischen System die "Vier Modernisierungen" verwirklichen zu können, müßten an die Funktionäre zwei Anforderungen gestellt werden:

Erstens müßten die Funktionäre eindeutig am sozialistischen Weg festhalten, vor allem, weil aufgrund früherer Fehler und der Öffnung Chinas gegenüber den kapitalistischen Staaten "ein Durchsickern des Einflusses der bürgerlichen Ideologie unvermeidbar ist" (24).

Zweitens müßten die Funktionäre über Fachwissen und besondere Fähigkeiten verfügen.

Deng Xiaoping betonte dabei vor allem die fachliche Komponente, indem er forderte, daß die Führungsorgane nach den fachlichen Erfordernissen zusammengesetzt werden müßten. Deng Xiaoping beklagte vor allem die geringe fachliche Qualifikation der insgesamt 18 Mio. Funktionäre in der Volksrepublik China. Allein auf dem Justizsektor fehlten 2 Mio. fachlich qualifizierte Funktionäre. Um mehr fachlich qualifizierte Funktionäre heranzubilden und damit die inadäquate Zusammensetzung des Kaderkontingents zu beseitigen, müsse man beim Erziehungssektor anfangen: Die gegenwärtige Zahl von nur 1 Mio. Hochschulstudenten müsse auf zwei bis drei Millionen gesteigert werden. Hierfür seien wieder mehr Lehrer und Verwaltungspersonal notwendig. Auch die Zahl der Mittelschullehrer müsse erhöht werden.

Deng Xiaoping betonte mehrmals, daß bei der Auswahl von Funktionären vor allem die fachliche Seite ausschlaggebend sein sollte. Darüber hinaus müsse die gegenwärtig überalterte Funktionärsschicht verjüngt werden. Dazu sollten vor allem die etwa 40 Jahre alten Fachleute in das Kaderkontingent aufgenommen werden. Deng begründete dies damit, weil die jetzt 40jährigen in den fünfziger Jahren auf die Universitäten gekommen seien und zwischen 1961 und 1966 ihr Abschlußexamen gemacht hätten - zu einer Zeit also, als in den chinesischen Universitäten die fachliche Ausbildung betont und das kulturevolutionäre Bildungsdesaster noch nicht begonnen hatte.

3. An der Führung durch die Partei festhalten und die Führung durch die Partei verbessern

In dem dritten Teil seiner Rede stellte Deng Xiaoping kategorisch fest, daß es ohne die Führung durch die Kommunistische Partei kein modernes China gegeben hätte und geben würde. Deng weiter: "Ohne die Führung durch die Partei würde es keine korrekte politische Linie geben. Ohne die Führung durch die Partei gäbe es keine politische Situation, die durch Stabilität und Einheit gekennzeichnet ist. Ohne die Führung

durch die Partei würde der Geist des Aufbaus durch harte Arbeit nicht propagiert werden können. Ohne die Führung durch die Partei würde ein Kaderkontingent, das wirklich sowohl rot als auch fachlich qualifiziert ist - insbesondere jedoch über Fachwissen und spezielle Fähigkeiten verfügt -, nicht aufgebaut werden können. Ohne Führung durch die Partei würde es deshalb auch keine Kraft geben, die in der Lage wäre, den Aufbau der sozialistischen 'Vier Modernisierungen', die Wiedervereinigung des Vaterlandes und den Kampf gegen den Hegemonismus zu leiten" (25).

Diese "objektive Tatsache" würden mit der Zeit auch jene jungen Leute verstehen, die gegenwärtig noch gegenüber der Führung durch die Kommunistische Partei Zweifel hegten. Die Partei habe zwar in der Vergangenheit "schwerwiegende Fehler" begangen, doch sei es ihr immer wieder gelungen, sich selbst ohne irgendeine andere Kraft zu korrigieren. Auch von daher könne das Mehrparteiensystem der kapitalistischen Staaten keinen Vorteil bieten. Schließlich sei China ja auch ein Mehrparteienstaat, in dem die anderen Parteien unter der Voraussetzung ihrer Anerkennung der Führung durch die Kommunistische Partei der sozialistischen Sache dienten. Deng Xiaoping weiter: "An dem Kurs der langfristigen Zusammenarbeit und gegenseitigen Überwachung zwischen unserer Partei und den anderen Parteien muß festgehalten werden. Aber an dem Prinzip, daß China von der Kommunistischen Partei geführt wird und daß die Aufbausache der sozialistischen Modernisierung Chinas von der Kommunistischen Partei geführt wird, darf nicht gerüttelt werden. Würde man dieses Prinzip antasten, dann würde China wieder in den Zustand der Spaltung und der Unruhen zurückfallen, und dann wäre die Verwirklichung der Modernisierung nicht möglich" (26).

Auf einen anderen Aspekt eingehend, betonte Deng Xiaoping, daß es notwendig sei, die Führung durch die Partei zu verbessern, um die Führungsrolle der Partei aufrechterhalten zu können. Deng gestand in diesem Zusammenhang ein, daß das Ansehen der Kommunistischen Partei innerhalb der Bevölkerung gelitten habe. Dies sei auf die Umtriebe von Lin Biao und der "Viererbande" zurückzuführen. Jetzt bestünde die dringende Aufgabe darin, die alte Kampfstärke der Partei wiederherzustellen. Hierbei gäbe es jedoch einige Probleme:

Erstens entspräche ein Teil der KP-Mitglieder nicht den Anforderungen. Sie fänden sich besonders unter den während der Herrschaft der Linken in die Partei eingetretenen neuen Parteimitgliedern, die keine Erziehung durch die Partei genossen hätten und nicht als Vorbild für die Massen gelten könnten. Doch auch unter den alten Parteimitgliedern gäbe es einige, die nicht mehr den Anforderungen entsprächen. Der Grund hierfür liege darin, daß ein Teil dieser Parteimitglieder nach wie vor Fraktionismus betreibe und sich nicht für die Einheit der KP einsetze, und daß ein anderer Teil nach Privi-

legien und einem Sonderstatus strebe. Deshalb bestehe gegenwärtig die Notwendigkeit, eine "Ausrichtung" der 38 Mio. KP-Mitglieder vorzunehmen, die man jedoch auf der Grundlage der Erziehung (d.h. nicht Säuberung; Anm.d.Verf.) durchführen solle. Für die Ausrichtung und Neuaufnahme von Parteimitgliedern seien strikte Kriterien bzw. Anforderungen notwendig. Aus diesem Grund müsse auch das Parteistatut entsprechend verändert und erweitert werden. Der XII. Parteitag der KPCh werde das neue Parteistatut offiziell verabschieden, nachdem der vorliegende Entwurf in der gesamten Partei diskutiert worden sei.

Zweitens müsse die Führungsarbeit und das Führungssystem der Partei verbessert werden, um die Führung durch die KP zu verbessern. Dies sei allerdings ein ziemlich kompliziertes Problem, da mit der Modernisierung des Landes und der Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik neue und sehr große Anforderungen an die Parteimitglieder gestellt würden. Doch es gäbe innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas nur wenige, die über Fachwissen verfügten. Die Partei dürfe zwar nicht alles ersetzen und monopolisieren, doch sie müsse die führende Rolle einnehmen. Deng stellte im Anschluß daran implizit besorgt die Frage, wie die Partei denn führen könne, wenn sie fachlich dazu gar nicht in der Lage sei. Ketzerisch schloß Deng Xiaoping die Frage an, ob in allen produktiven und gesellschaftlichen Einheiten das Parteikomitee bzw. der Parteisekretär die Führung ausüben solle. Dieses Problem müsse unbedingt gelöst werden, fuhr Deng fort, der die Mitglieder der Kommunistischen Partei aufforderte, angesichts der neuen Anforderungen fleißig zu lernen. Wenn die Partei ihre Führungsrolle erfolgreich und mit Macht ausüben wolle, dann müsse beispielsweise das Parteikomitee einer Fabrik dafür sorgen, daß alle Arten von Plänen eingehalten, technische Fortschritte gemacht, die Verwaltung verbessert, die Demokratie gepflegt, die Disziplin eingehalten, die Arbeits-, Lebens- und Studienbedingungen verbessert würden und vieles andere mehr. Nur dadurch könnte die Führung durch die Partei gestärkt und die Autorität der Partei vergrößert werden.

Im Grund genommen läuft diese Konzeption auf eine verstärkte fachliche Ausbildung der KP-Mitglieder hinaus, um sie in die Lage zu versetzen, in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik überhaupt noch ein Wörtchen mitreden zu können. In den Ausführungen Deng Xiaopings zu diesem Punkt läßt sich seine Befürchtung herauslesen, daß eine heranwachsende Elite von Technokraten und Fachleuten der Kommunistischen Partei den Rang ablaufen könnte. Die Antwort Dengs darauf lautet, die Parteimitglieder mit wirtschaftlichem und technischem Fachwissen zu bewaffnen. Zusammen mit der bereits feststellbaren Tendenz der zunehmenden Aufnahme von Fachleuten, Wissenschaftlern und Technokraten in die Partei könnte dies bedeuten, daß die Kommunistische Partei Chinas

zukünftig selbst zu einer technokratischen Elite herangebildet werden soll. Dies freilich scheint auch der einzig denkbare Ausweg, um der Kommunistischen Partei langfristig eine Führungsrolle im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Leben zu garantieren.

Drittens müsse die Parteidisziplin gestärkt werden, um die Führung durch die Partei aufrechterhalten und verbessern zu können. Dies bedeute, daß sich der einzelne der Organisation unterordnen müsse, die Minderheit der Mehrheit gehorchen, die unteren Ebenen den oberen folgen und die ganze Partei dem Zentralkomitee zu dienen habe. Andernfalls würden Auflösungserscheinungen wie zur Zeit der Kulturrevolution eintreten. Das wichtigste dabei sei, daß die ganze Partei dem Zentralkomitee in seinen Entscheidungen folge. Die Fehler des Zentralkomitees, die diese bereits korrigiert habe, dürften von keinem als Ausrede benutzt werden, um die Führung durch das Zentralkomitee zu negieren. Nur wenn die gesamte Partei den Anweisungen der Zentrale Folge leiste, könne die Partei alle Parteimitglieder und das ganze Volk auf die Verwirklichung der Modernisierung hinführen. Unter diesen Vorbedingungen sei die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie wünschenswert. Unterschiedliche Auffassungen seien erlaubt und dürften auch selbst bis in das Zentralkomitee hinein vorgetragen werden, den Entscheidungen der Parteizentrale müsse jedoch nichtsdestoweniger unbedingt Folge geleistet werden. Schließlich müßten die Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen der Partei den Standpunkt der KP bedingungslos propagieren. An Kritik sei nur solche erlaubt, die konstruktiv sei.

Zum Abschluß seiner Rede betonte Deng Xiaoping, daß die Kommunistische Partei Chinas trotz einiger Fehler in der Vergangenheit eine "große, ruhmreiche und korrekte Partei" sei. Deng weiter: "Ohne unsere Partei ist die Modernisierung Chinas nicht möglich. Für Chinas Kampf gegen den Hegemonismus auf internationaler Ebene und für den Fortschritt der Menschheit ist unsere Partei notwendig" (27).

III. Im Vorfeld der 5. Plenartagung: Die 2. Plenarsitzung der Disziplin- kontrollkommission des Zentral- komitees (7.-25.1.1980)

Vor der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas fand vom 7. bis zum 25. Januar 1980 die 2. Plenarsitzung der Disziplinkontrollkommission des Zentralkomitees statt. Die Sitzung der Disziplinkontrollkommission bereitete drei für die weitere Absicherung des neuen Kurses innerhalb der Partei äußerst bedeutsame Beschlüsse der 5. Plenartagung vor:

1. Die Entfernung von vier prominenten maoistischen Politbüromitgliedern aus den Führungsorganen der Partei.

2. Die Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten und Stellvertretenden Parteivorsitzenden Liu Shaoqi.

3. Die zwölf "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei (28).

Alle drei Maßnahmen waren bereits seit längerem innerhalb der 100köpfigen Disziplinarkontrollkommission des ZK diskutiert worden. So z.B. wurden die "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei" bereits auf der 1. Plenarsitzung der Kommission vom 4.-22. Januar 1979 ausgearbeitet (29). Auch die Rehabilitierung Liu Shaoqis war im Zusammenhang mit der Rehabilitierung von ca. 3 Mio. in den letzten Jahren zu Unrecht verurteilten und verfolgten Personen seit längerem in dieser Kommission diskutiert worden, und die Entfernung von vier prominenten maoistischen Politbüromitgliedern aus den Führungsorganen der Partei war lediglich die Fortsetzung der von der Kommission begonnenen innerparteilichen Disziplinierung und Bestrafung von Anhängern und Sympathisanten der "Viererbande".

Die Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees der KPCh war auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 eingesetzt worden. Gleichzeitig damit war auch die Wiedererrichtung der Disziplinarkontrollkommissionen auf allen Ebenen der Partei beschlossen worden. Die Disziplinarkontrollkommissionen der Kommunistischen Partei Chinas waren ursprünglich Ende 1949 auf allen Ebenen der Partei eingerichtet worden. 1955 wurden sie in Kontrollkommissionen umbenannt. Nachdem ihre Rolle im Anschluß an den "Großen Sprung nach vorn" im Jahre 1958 immer mehr zurückgedrängt worden war, wurden die Kontrollkommissionen während der Kulturrevolution schließlich völlig aufgelöst. Hauptaufgabe der wiedererrichteten Disziplinarkontrollkommissionen ist heute die Durchsetzung und Absicherung des neuen politischen Kurses innerhalb der Partei mit Hilfe verschiedener Maßnahmen auf dem personellen Sektor:

1. Disziplinierung und Bestrafung von Anhängern und Sympathisanten der "Viererbande", d.h. der maoistischen Linken, sowie von Parteimitgliedern, die gegen die Parteidisziplin bzw. die Parteistatuten verstoßen haben (30).

2. Rehabilitierung der in den letzten Jahren nach Ansicht der heutigen Parteiführung zu Unrecht verurteilten und verfolgten Personen.

3. Erziehung der Parteimitglieder im Sinne des neuen Kurses (31).

IV. Die Beschlüsse der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh

1. Vorfristige Einberufung des XII. Parteitages der KPCh Ende 1980/Anfang 1981

In dem "Beschluß der 5. Plenartagung des XI. ZK der KPCh über die Einberufung des XII. Parteitages" vom 29. Februar 1980 heißt es, daß die Kommunistische Partei Chinas nach der 3. Plenartagung des XI. ZK bei der Verlagerung des Arbeitsschwerpunkts der Partei auf die "Vier Modernisierungen" auf allen Gebieten große Fortschritte erzielt habe. Die Realisierung der "großen historischen Aufgabe" der "Vier Modernisierungen", die die 3. Plenartagung bereits als "Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche" eingestuft hatte, stelle die KP Chinas jedoch vor eine Reihe neuer bedeutsamer Probleme, die rasch und ohne Aufschub gelöst werden müßten (32). Dem "Kommuniqué der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KP Chinas" vom 29. Februar 1980 zufolge betrifft dies u.a. "die Erstellung eines Perspektivplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft, die Schaffung einer Wirtschaftsstruktur, die den Erfordernissen der Volkswirtschaft gerecht wird, sowie die Festlegung eines entsprechenden Erziehungsplans und Bildungssystems. Die rapiden Änderungen im Innern erfordern ebenfalls die Lösung einer Reihe wichtiger Fragen im politischen Leben von Partei und Staat. Auch zahlreiche wichtige ideologische und theoretische Fragen harren einer Lösung" (33). Hierzu zählt auch die Änderung des Parteistatuts, dessen "Allgemeines Programm", das im August 1977 vom XI. Parteitag verabschiedet worden war, nach wie vor sehr maoistisch eingefärbt ist, indem es u.a. Mao Zedong als den "Gründer der KPCh und größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit" bezeichnet, die Weiterführung des Klassenkampfes als "große revolutionäre Bewegung" der Kommunistischen Partei Chinas als heilige Pflicht auferlegt und die Kulturrevolution als "große politische Revolution" darstellt, die "in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden muß" - politische Positionen also, die diametral im Gegensatz zur heutigen parteioffiziellen Einschätzung von Mao, Klassenkampf und Kulturrevolution stehen (34).

Um die genannten Probleme zu lösen, beschloß die 5. Plenartagung, den XI. Parteitag der KPCh vorfristig einzuberufen. Der konkrete Termin hierfür wird vom Politbüro des ZK bekanntgegeben werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Parteitag Ende 1980/Anfang 1981 einberufen werden wird, da die 5. Plenartagung beschloß, daß die Delegierten zum XII. Parteitag bis Ende November 1980 gewählt werden müßten. Der XII. Parteitag hätte normalerweise erst 1982 stattgefunden. Das Parteistatut der KPCh sieht jedoch vor, daß der Landesparteitag "unter besonderen Umständen" vorverlegt oder verschoben werden kann.

Den zur Lösung anstehenden Problemen entsprechend legte die 5. Plenartagung fünf Haupttagesordnungspunkte des XII. Parteitages fest:

1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPCh.
2. Bericht der Disziplinungskommission beim Zentralkomitee.
3. Abänderung des Parteistatuts.
4. Grundzüge eines Perspektivplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft.
5. Wahl des neuen Zentralkomitees.

Dem Beschluß über die vorfristige Einberufung des XII. Parteitags zufolge soll die Zahl der Delegierten zum Parteitag 1600 betragen. Der Delegiertenschlüssel für jede Wahleinheit bestimmt sich nach der Zahl ihrer Parteimitglieder, wobei allerdings der wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und technische Entwicklungsstand der Wahleinheiten ebenso berücksichtigt werden muß wie die dort evtl. lebenden nationalen Minderheiten. Jede Wahleinheit soll für je zehn Delegierte einen Ersatzdelegierten wählen, so daß für mögliche Ausfälle Ersatz bereitsteht. Die Mitglieder des Politbüros, ein Teil der in Peking befindlichen Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees sowie angesehene Veteranen in der Partei sollen von ihren jeweiligen Einheiten als Parteitagsdelegierte gewählt werden, und zwar im Rahmen der Delegiertenzahl, die der einzelnen Einheit zusteht.

Die Delegierten für den XII. Parteitag sollen auf Parteitag der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete, der dem ZK direkt unterstehenden Institutionen, der zentralen Staatsorgane, der Hauptverwaltungen, Teilstreitkräfte und Waffengattungen der Volksbefreiungsarmee sowie der Militärbezirke durch geheime Wahl gewählt werden. Dabei muß - dem Beschluß der 5. Plenartagung zufolge - darauf geachtet werden, daß die Zahl der Kandidaten größer ist als die der zu wählenden Delegierten. Unter den Delegierten sollen sich Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur, Erziehungswesen und Gesundheitswesen befinden, die Beiträge zu den "Vier Modernisierungen" geleistet haben, sowie national allgemein anerkannte Arbeits- und Kampfhelden. Die Nationalen Minderheiten und die Frauen sollen ebenfalls einen angemessenen Anteil ausmachen. Der Beschluß der 5. Plenartagung über die vorfristige Einberufung des XII. Parteitags sieht schließlich vor, daß die Parteitagsdelegierten bis Ende 1980 gewählt sein sollen.

Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wird mit Sicherheit einen endgültigen Schlußstrich unter die Mao-Ära ziehen. Dies wird sich nicht nur in der Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees widerspiegeln, sondern auch in dem neuen Parteistatut und in dem Per-

spektivplan für die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft. Schließlich wird die Disziplinungskommission beim Zentralkomitee den Abschluß der Säuberung der Parteiorganisation von maoistischen Linken und der Rehabilitierung von Mao-Gegnern bekanntgeben sowie die Lösung bisher noch umstrittener Fragen in der Parteigeschichte der KPCh, wie z.B. die endgültige Beurteilung der Kulturrevolution, den Parteitagsdelegierten zur Verabschiedung vorschlagen. Unter diesen Voraussetzungen wird der XII. Parteitag Grund genug haben, den endgültigen Aufbruch zu einer neuen Epoche in der Geschichte der Volksrepublik China zu deklarieren.

2. Wahl von Hu Yaobang und Zhao Ziyang zu zusätzlichen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros

Im Kommuniqué des 5. Plenums heißt es hierzu: "Die Plenartagung stellt fest, daß es im Interesse der Stärkung der Führung durch die Partei über das sozialistische Modernisierungsprogramm erforderlich ist, daß die Führungsorgane der Partei auf allen Ebenen sich bemühen, solchen Genossen Leitungsaufgaben zu übertragen, die die Linie der Partei entschlossen durchführen, zu selbständiger Arbeit fähig und in den besten Lebensjahren sind. Dies entspricht nicht nur den Erfordernissen der recht schwierigen Modernisierungsaufgabe, sondern sichert auch eine Kontinuität hinsichtlich der Linie, der Richtlinien und der Politik der Partei und garantiert zugleich langfristige Stabilität der Kollektivführung der Partei. Nach eingehender Beratung beschloß die Plenartagung die Zahl der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK zu erhöhen, und wählte die Genossen Hu Yaobang und Zhao Ziyang in den Ständigen Ausschuß (35)."

Die Wahl des 65jährigen Hu Yaobang und des 61jährigen Zhao Ziyang in das höchste Entscheidungsgremium der Kommunistischen Partei Chinas bedeutet nicht nur eine weitere personelle Absicherung des neuen Kurses, sondern stellt auch eine effektive Maßnahme in der Frage der Nachfolge Deng Xiaopings dar. Dabei wird es die Aufgabe Hu Yaobangs sein, innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas für die weitere Absicherung und Kontinuität des neuen Kurses zu sorgen, während diese Aufgabe innerhalb des Regierungsapparates wahrscheinlich Zhao Ziyang zufallen wird.

Der in der Kulturrevolution gestürzte Hu Yaobang profilierte sich nach seiner Rehabilitierung im Anschluß an den Sturz der "Viererbande" als Leiter der Organisationsabteilung beim ZK, Leiter der Propagandaabteilung beim ZK und als 3. Sekretär der Disziplinungskommission des Zentralkomitees. Gleichzeitig mit seiner Wahl in den Ständigen Ausschuß des Politbüros wurde Hu Yaobang auch offiziell zum Generalsekretär (zongshuji) des Zentralkomitees ernannt. Damit

ist Hu Yaobang faktisch der mächtigste Mann innerhalb der KP Chinas, da er als Generalsekretär die laufende Arbeit des Zentralkomitees leitet - er entscheidet beispielsweise, welche Vorlagen dem Zentralkomitee und seinen Organen, d.h. dem Politbüro und seinem Ständigen Ausschuss, zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Darüber hinaus ist Hu Yaobang als Generalsekretär der Partei für den Entwurf parteipolitischer Grundsatzdokumente verantwortlich: Aus seiner Feder stammte beispielsweise die erste Fassung der Rede Ye Jiangyings zum 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, in der eine erste offizielle Bilanz der dreißigjährigen Geschichte der VRCh gezogen wurde (35a).

Hu Yaobang hatte den Posten des Generalsekretärs der KPCh bereits seit Anfang 1979 faktisch ausgeübt (damals war seine Stellung innerhalb der Partei als "mishuzhang" des Zentralkomitees bezeichnet worden). Seine Wahl zum Generalsekretär auf der 5. Plenartagung war also lediglich die offizielle Bestätigung seiner bereits seit einem Jahr ausgeübten Machtposition innerhalb der KPCh.

Das andere neue Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, der 61jährige Zhao Ziyang, hat seit 1975 als 1. Sekretär des Provinzparteikomitees von Sichuan dieser während der Kulturrevolution völlig heruntergewirtschafteten Provinz zu einem wahren Wirtschaftswunder verholfen. Durch eine konsequente Betonung des Leistungsprinzips, der Eigeninitiative und der privaten Nebentätigkeiten der Bauern gelang es Zhao Ziyang binnen kurzem, Chinas bevölkerungsreichste Provinz in der Nahrungsmittelversorgung autark zu machen. Es gilt als sehr wahrscheinlich, daß der Matador des Wirtschaftsaufschwungs von Sichuan künftig in der chinesischen Regierung für die weitere Durchsetzung und Kontinuität des neuen Kurses verantwortlich sein wird. Für Zhao Ziyang, der als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros allein sicherlich nicht arbeitsmäßig ausgelastet ist, kommt dafür nur der Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten oder sogar der Ministerpräsidentenstuhl selbst in Frage. Die nächste Tagung des Nationalen Volkskongresses, der allein über die Ernennung und Abberufung des Ministerpräsidenten bzw. seiner Stellvertreter entscheiden kann, wird in dieser Frage Klarheit schaffen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der gegenwärtige Ministerpräsident Chinas, der Parteivorsitzende Hua Guofeng, seinen ursprünglich für März oder April geplanten Besuch in Thailand absagen ließ, da er durch andere "dringende Geschäfte" in Anspruch genommen sei (36).

Die Nachfolgefrage war von Deng Xiaoping selbst im Herbst 1979 auf die politische Tagesordnung gebracht worden. Kurz vor der 5. Plenartagung hatte Deng Xiaoping in einer Kolumne für die Bangkok Post u.a. die Meinung vertreten, daß Leute in seinem Alter sich um das, was nach ihnen komme, kümmern sollten. Man müsse gute

und zuverlässige Nachfolger finden. Die Ergebnisse der 5. Plenartagung vorausnehmend meinte Deng, daß die chinesische Partei- und Staatsführung in dieser Frage nun einer Meinung sei. Deng äußerte implizit die Überzeugung, daß er die Nachfolgefrage bis 1985 völlig geregelt haben werde, da er bekanntgab, daß er sich 1985 aus der aktiven Politik zurückziehen und dann nur noch als Berater von Partei und Staat zur Verfügung stehen werde (37).

3. Entfernung von vier prominenten maoistischen Politbüromitgliedern aus allen Führungspositionen in Partei und Staat

Im Kommuniqué des 5. Plenums heißt es hierzu: "Gemäß den Meinungen der Massen inner- und außerhalb der Partei beschloß die 5. Plenartagung, die Rücktrittsgesuche der Genossen Wang Dongxing, Ji Dengkui, Wu De und Chen Xilian anzunehmen und sie all ihrer Leitungsposten in Partei und Staat zu entbinden bzw. eine solche Maßnahme den betreffenden Organen vorzuschlagen." Als Grund für die Entlassung dieser zweiten "Viererbande" wurde lediglich angegeben, daß sie schwere Fehler begangen hätte (38).

Bei den vier gestürzten Politbüromitgliedern, darunter sogar einem Mitglied seines Ständigen Ausschusses (Wang Dongxing), handelt es sich um die vier prominentesten Mitglieder einer maoistischen Restfraktion innerhalb der Parteiführung, wenn man einmal von dem früheren Dazhai-Modellbauern Chen Yonggui absieht, den man wahrscheinlich nur deshalb im Politbüro beließ, weil er aufgrund seines niedrigen Niveaus als Politiker kaum in der Lage ist, den neuen Kurs nachhaltig zu sabotieren. Diese maoistische Restfraktion im Politbüro, zu der außer den genannten auch noch der Befehlshaber der Militärregion Shenyang, General Li Desheng, der Vorsitzende des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas, Ni Zhifu, sowie der Kandidat des Politbüros Seypidin gezählt werden, war zwar im Oktober 1976 aktiv am Sturz der "Viererbande" beteiligt und dafür kurz darauf mit hohen Posten belohnt worden, hatte sich jedoch danach entschieden gegen die zweite Rehabilitierung Deng Xiaopings und dem von ihm vertretenen antimaoistischen Kurs widersetzt. Zur ideologischen Absicherung ihrer politischen Vorstellungen prägte die maoistische Restfraktion eine politische Leitlinie, die sie just zu dem Zeitpunkt in der von ihr damals noch kontrollierten Presse propagierte, als die parteiinterne Diskussion um eine zweite Rehabilitierung Deng Xiaopings begonnen hatte: "Was auch immer der Vorsitzende Mao an politischen Entscheidungen getroffen hat, verteidigen wir entschlossen; was auch immer der Vorsitzende Mao an Weisungen herausgegeben hat, befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen" (39). Die maoistischen Linken wollten dadurch verhindern, daß der von Mao Zedong ausdrücklich befürwortete zweite Sturz Deng Xiaopings im April 1976 ein knap-

pes Jahr später wieder rückgängig gemacht wurde. Die Obstruktion der erneuten Rehabilitierung Deng Xiaopings und des auf Produktion anstatt auf Revolution ausgelegten Kurses der "Vier Modernisierungen" durch die maoistische Restfraktion in den Jahren 1977 und 1978 bestätigten Vermutungen, daß es sich hierbei um "Maos zweite Garde" handelte, die nach dem Sturz der radikal maoistischen "Viererbande" am maoistischen Entwicklungsmodell einer sozialistischen Gesellschaft retten sollte, was überhaupt noch zu retten war.

In dem Kampf um den richtigen Weg, der zwischen dieser maoistischen Nachhut und der "realistischen" Fraktion um Deng Xiaoping in den beiden Jahren 1977 und 1978 innerhalb der Partei tobte, fiel schließlich auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 die Vorentscheidung zugunsten der Gruppe um Deng Xiaoping: Die "Was-auch-immer-Fraktion" (fanshipai) verlor entscheidende Machtpositionen, wie z.B. die Verfügungsgewalt über die Leibgarde des Zentralkomitees, die Eliteeinheit 8341, und die Kontrolle über den Propagandaapparat der Partei und das Hauptbüro des Zentralkomitees, während es der Deng-Fraktion gelang, diese entscheidenden Positionen mit ihren Leuten zu besetzen (40). Die maoistischen Dogmatiker, die ihren Sitz im Politbüro behalten durften, gaben jedoch ihre Opposition gegen den neuen Kurs trotz ihrer Niederlage nicht auf und versuchten weiterhin, die ihrer Meinung nach häretische Linie der Deng-Fraktion zu sabotieren. Dabei scheinen sich insbesondere die jetzt endgültig in den politischen Abgrund gestürzten Wang Dongxing, Ji Dengkui und Wu De hervorgetan zu haben. Der vierte im Bunde, General Chen Xilian, konnte auch durch einen politischen Schwenk um 180 Grad in der "Wahrheit-Diskussion" (über die ideologische Zauberformel der Deng-Fraktion "die Praxis ist das einzige Kriterium für die Wahrheit") seinen Kopf nicht retten (41): Nachdem er im Januar 1980 auch offiziell den Befehl über die Pekinger Militärregion verloren hatte, flog er nun zusammen mit seinen drei maoistischen Mitstreitern auch aus dem Politbüro heraus. Die Vorwürfe, die gegen General Chen erhoben werden, richten sich nicht nur gegen seine politische Einstellung, sondern auch gegen seine finstere Rolle während der Niederschlagung des sog. "Tiananmen-Zwischenfalls" im April 1976. Ähnliche Vorwürfe werden auch gegen den früheren Bürgermeister von Peking, Wu De, erhoben. General Chen wird weiterhin eine Mitverantwortung an der grausamen Folterung und Hinrichtung der "revolutionären Märtyrerin" Zhang Zhixin zur Last gelegt (42).

Die Beseitigung von vier prominenten maoistischen Politbüromitgliedern aus allen Führungspositionen in Partei und Staat (der Nationale Volkskongreß muß noch formell die Entlassung von Chen Xilian und Ji Dengkui aus ihren Ämtern als stellvertretende Ministerpräsidenten beschließen) ist jedoch nicht nur als eine Beseitigung eines politischen Störfaktors in der Parteispitze zu werten, sondern auch als ein

klarer Hinweis an die Adresse der auf der mittleren und unteren Funktionärssebene verbliebenen maoistischen Linken, ihren Widerstand gegen den neuen Kurs aufzugeben, da sie nun über keinerlei Rückhalt mehr in der Parteizentrale verfügen. Darüber hinaus dient diese Maßnahme der Förderung des Ansehens der Partei unter der Bevölkerung, insofern sie damit ihre Entschlossenheit bei der Bestrafung von "schlechten Beamten" und bei der Durchsetzung und weiteren Absicherung ihres durchaus populären Kurses nachhaltig unter Beweis stellt.

4. Wiedererrichtung des Sekretariats des Zentralkomitees

Im "Beschluß der 5. Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh über die Errichtung des Sekretariats des Zentralkomitees" heißt es hierzu: "Im Hinblick auf die außerordentlich schwierigen und komplizierten Aufgaben der sozialistischen Modernisierung nach Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes, und damit sich das Politbüro des ZK und sein Ständiger Ausschuß auf die wichtigsten nationalen wie internationalen Probleme konzentrieren können, und damit gleichzeitig die riesige Menge der täglich anfallenden Arbeit der Partei in verschiedenen Bereichen prompt und effektiv erledigt werden kann, braucht das Zentralkomitee ein entsprechendes Organ. Daher beschließt das Zentralkomitee die Errichtung des Sekretariats des ZK" (43). Dem Beschluß zufolge untersteht das Sekretariat des ZK dem Politbüro und seinem Ständigen Ausschuß und ist für die laufende Arbeit des Zentralkomitees zuständig. Das Sekretariat besteht aus dem Generalsekretär sowie einer nicht festgelegten Zahl von Sekretären und Kandidaten, die direkt vom Zentralkomitee gewählt werden. Jeder Sekretär hat seinen speziellen Arbeitsbereich, für den er selbst verantwortlich ist.

Mit der Etablierung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPCh wird ein Organ des ZK wieder eingerichtet, das vom VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (1956) bis zum Beginn der Kulturrevolution (1966) die laufende Arbeit des Zentralkomitees bzw. des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses erledigt hatte. Die Macht des Sekretariats liegt in seiner Funktion als eine Art Clearing-Stelle für das Politbüro bzw. seinen Ständigen Ausschuß, insofern es nicht nur die tagtägliche Routinearbeit erledigt, sondern auch entscheidet, welche Vorgänge dem ZK, dem Politbüro oder dem Ständigen Ausschuß des Politbüros vorgelegt werden und welche es selbst erledigt bzw. an andere Abteilungen und Organe des Zentralkomitees weiterleitet.

5. Wahl von Hu Yaobang zum Generalsekretär des Zentralkomitees

(zur Person Hu Yaobangs s. unter 2.)

6. Wahl von elf Sekretären des Sekretariats des Zentralkomitees

1. Hu Yaobang (65), Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh, Generalsekretär des ZK, Direktor der Propagandaabteilung des ZK und 3. Sekretär der Disziplin-kontrollkommission des ZK.

2. Yao Yilin (63), Mitglied des Zentralkomitees, stellvertretender Generalsekretär des ZK, Leiter des Hauptbüros des ZK, Generalsekretär der Finanz- und Wirtschaftskommission beim Staatsrat und stellvertretender Ministerpräsident.

3. Wan Li (64), Mitglied des Zentralkomitees und 1. Parteisekretär der Provinz Anhui.

4. Wang Renzhong (63), Mitglied des Zentralkomitees, stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Kommission für Landwirtschaft beim Staatsrat.

5. Fang Yi (64), Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Kommission für Wissenschaft und Technik beim Staatsrat und Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften.

6. Gu Mu (66), Mitglied des Zentralkomitees, stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Kommission für Investbau beim Staatsrat und Vorsitzender der Kommission für Auslandsinvestitionen beim Staatsrat.

7. Song Renqiong (71), Mitglied des Zentralkomitees und Direktor der Organisationsabteilung des ZK.

8. Yu Qiuli (66), Mitglied des Politbüros des ZK, stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Planungskommission beim Staatsrat.

9. Yang Dezhi (70), Mitglied des Zentralkomitees und Generalstabschef der Chinesischen Volksbefreiungsarmee.

10. Hu Qiaomu (68), Mitglied des Zentralkomitees, Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und Leiter der Kommission für die Herausgabe und Veröffentlichung der Werke Mao Zedongs.

11. Peng Chong (65), Mitglied des Politbüros des ZK und 1. Parteisekretär von Shanghai.

Von den elf Mitgliedern des Sekretariats gehörte lediglich Hu Qiaomu bereits dem alten

Sekretariat der Jahre 1956-1966 an (als Kandidat). An der Spitze des wiedererrichteten Sekretariats des ZK stehen Hu Yaobang als Generalsekretär und Yao Yilin als sein Stellvertreter. Obwohl Yao Yilin nicht dem Politbüro angehört, muß er aufgrund seiner Position im Sekretariat und im Hauptbüro des Zentralkomitees zum Führungskern der Kommunistischen Partei Chinas gezählt werden. Weiterhin fällt auf, daß unter den Sekretären die drei Newcomer aus den Provinzen, Zhao Ziyang, Wan Li und Peng Chong, unterbeschäftigt sind, insofern sie kein Amt innerhalb des Regierungsapparats ausüben. Diese drei "Nachwuchskräfte" müssen als aussichtsreichste Kandidaten für die frei werdenden Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten angesehen werden. Zumindest zwei bisherige stellvertretende Ministerpräsidenten werden nämlich auf dem kommenden Nationalen Volkskongreß ihr Amt verlieren: Chen Xilian und Ji Dengqui (s. unter 3.). Sein Amt verlieren könnte dann auch der stellvertretende Ministerpräsident Chen Yonggui, der für diese Position unterqualifiziert erscheint.

7. Beratung über den Abänderungsentwurf des "Statuts der Kommunistischen Partei Chinas"

Der Abänderungsentwurf des Statuts der Kommunistischen Partei Chinas, der auf der Plenartagung diskutiert wurde, soll entsprechend den Abänderungsvorschlägen, die auf der Plenartagung vorgetragen wurden, überarbeitet und dann allen Ebenen der Partei zur Diskussion unterbreitet werden. Danach soll dieses Dokument erneut überarbeitet und schließlich dem XII. Parteitag zur Überprüfung und Annahme vorgelegt werden. Der auf der 5. Plenartagung diskutierte Abänderungsentwurf wurde nicht veröffentlicht. Über den Inhalt machte das offizielle Kommuniqué der 5. Plenartagung lediglich folgende Angaben: "Der Abänderungsentwurf des Parteistatuts stellt strenge Anforderungen an die Parteimitglieder und enthält zugleich ausgereifere Bestimmungen über den innerparteilichen demokratischen Zentralismus. Aufgrund historischer Erfahrungen und entsprechend den Erfordernissen der Periode der sozialistischen Modernisierung enthält der Abänderungsentwurf eine Reihe von neuen Bestimmungen über das Kadersystem der Partei, die u.a. das Ende der de facto bestehenden Kaderfunktion auf Lebenszeit bedeuten" (44).

Mit Sicherheit dürften die Abänderungsvorschläge auch das im Parteistatut von 1977 festgeschriebene "Allgemeine Programm" der KPCh betreffen, das mit der Betonung Maos, der permanenten Revolution und des permanenten Klassenkampfes stark maoistisch eingefärbt ist (s. unter IV./1. und Anm. 34).

8. Beratung und Billigung der "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei"

Die "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei", die zwölf Punkte umfassen, sind im wesentlichen das Produkt der Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees. Ein erster Entwurf dieser Richtlinien war im Februar 1979 vom Politbüro prinzipiell angenommen und im März letzten Jahres an die unteren Parteiebenen zur Diskussion weitergeleitet worden. Der Entwurf dieser Richtlinien war mehrmals überarbeitet worden, zuletzt auf der 2. Plenarsitzung der Disziplinarkontrollkommission des ZK im Januar 1980. Nachdem der endgültige Entwurf vom Politbüro erneut gebilligt worden war, wurde er der 5. Plenartagung zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt. Über die Bedeutung dieser zwölf Richtlinien heißt es im offiziellen Kommuniqué der 5. Plenartagung: "Die Plenartagung ist der Auffassung, daß dieses 12-Punkte-Dokument... eine konkrete und unentbehrliche Ergänzung des Parteistatuts ist. Es hat ferner große Bedeutung für die Entfaltung der positiven und die Überwindung der negativen Faktoren innerhalb der Partei und ermöglicht, daß die Vorhutrolle der Parteimitglieder voll zum Tragen kommt" (45).

Das ca. 11.000 Schriftzeichen umfassende Dokument wurde am 14. März 1980 offiziell veröffentlicht (46). Es enthält insgesamt folgende zwölf "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei", die jeweils detailliert ausgeführt wurden:

1. Entschlossen an der politischen und ideologischen Linie der Partei festhalten.
2. Entschlossen an der kollektiven Führung festhalten und die Willkürherrschaft eines Einzelnen bekämpfen.
3. Schutz der Einheit und der zentralisierten Führung der Partei und strikte Befolgung der Parteidisziplin.
4. Entschlossen am Parteigeist festhalten und den Fraktionismus gründlich ausrotten.
5. Immer die Wahrheit sagen und Wort und Tat in Einklang halten.
6. Die innerparteiliche Demokratie entwickeln und unterschiedliche Auffassungen richtig behandeln.
7. Die Rechte der Parteimitglieder vor Verletzungen schützen.
8. Wahlen müssen den Willen der Wähler vollständig zum Ausdruck bringen.
9. Gegen falsche Strömungen und schlechte Menschen und Dinge kämpfen.

10. Genossen, die Fehler begangen haben, richtig behandeln.

11. Die Kontrolle durch die Partei und die Massen akzeptieren und eine Privilegisierung nicht zulassen.

12. Fleißig studieren, um sowohl rot als auch fachkundig zu werden.

9. Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Liu Shaoqi

Nach mehr als ein Jahr dauernden Diskussionen innerhalb der Partei und entsprechender Vorbereitung der Bevölkerung durch die chinesischen Massenmedien wurde der auf Veranlassung von Mao Zedong während der Kulturrevolution gestürzte und politisch wie physisch verfolgte frühere Staatspräsident und stellvertretende Parteivorsitzende, Liu Shaoqi, auf der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees offiziell vollständig rehabilitiert und von allen gegen ihn während der Kulturrevolution erhobenen Anschuldigungen freigesprochen. Die Wiederaufnahme des Falls Liu Shaoqi war unmittelbar nach der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 erfolgt: Die auf der 3. Plenartagung eingerichtete Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees erhielt den Auftrag, jenes Material zu überprüfen, aufgrund dessen die 12. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees im Oktober 1968 ihr vernichtendes Urteil über Liu Shaoqi gefällt hatte ("Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeiterverräter") (46a). Nach einjähriger parteiinterner Untersuchung, während der auf der offiziellen Ebene bereits eine implizite graduelle Rehabilitierung Liu Shaoqis in verschiedenen Formen vorgenommen wurde (47), übergab die Disziplinarkontrollkommission dem Politbüro einen ausführlichen Bericht über ihre Untersuchungsergebnisse im Fall Liu Shaoqi. Auf der Grundlage dieses Berichtes entwarf das Politbüro des Zentralkomitees einen Resolutionsentwurf über die Rehabilitierung des bereits 1969 verstorbenen Liu Shaoqi, der auf der 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Februar 1980 einstimmig angenommen wurde. Im Kommuniqué der 5. Plenartagung heißt es hierzu: "Die Tagung stellt fest, daß Genosse Liu Shaoqi, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender der Volksrepublik China, ein großer Marxist und proletarischer Revolutionär war, der in den vergangenen Jahrzehnten stets loyal gegenüber Partei und Volk war, sich zeit seines Lebens für die proletarische Revolution eingesetzt hat und in der neudemokratischen und sozialistischen Revolution sowie zum sozialistischen Aufbau unseres Landes unauslöschliche Beiträge geleistet hat. Da die Einschätzung der Lage in Partei und Land am Vorabend der Kulturrevolution der Realität völlig zuwiderlief,

wurde fälschlicherweise und grundlos die Schlußfolgerung gezogen, in der Partei herrsche eine konterrevolutionäre, revisionistische Linie, und es existiere ein sog. bürgerliches Hauptquartier mit Genossen Liu Shaoqi an der Spitze. Im Interesse ihrer konterrevolutionären Strategie zur Usurpierung der Macht in Partei und Staat und zum Sturz der Diktatur des Proletariats nützten Lin Biao und die "Viererbande" dies aus und brachten falsches Beweismaterial vor. Sie machten Genossen Liu Shaoqi politisch wie physisch fertig. Zugleich stürzten sie eine große Anzahl von führenden Kadern in Partei, Regierung und Armee als Agenten Liu Shaoqis, was schwerwiegende Konsequenzen nach sich zog. Dieses größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei muß vollständig revidiert werden" (48).

Da es Mao Zedong selbst war, der 1966 "fälschlicherweise und grundlos" die Schlußfolgerung zog, innerhalb der Partei herrsche eine konterrevolutionäre, revisionistische Linie und es existiere ein bürgerliches Hauptquartier mit Liu Shaoqi an der Spitze, das gestürzt werden müsse, ist die Resolution der 5. Plenartagung über die Rehabilitierung Liu Shaoqis gleichzeitig eine implizite Resolution zur Verurteilung Maos im Zusammenhang mit dem Sturz und der Verdammung Liu Shaoqis. Mao wird praktisch das "größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei", nämlich der Sturz Liu Shaoqis, angekreidet, d.h.: Mao beging - dieser jetzigen Einschätzung zufolge - noch größere Fehler als frühere Parteiführer, wie z.B. Chen Duxiu oder Li Lisan. Die Rehabilitierung Liu Shaoqis ist jedoch nicht nur ein posthumer Affront gegen Mao, sondern bringt auch den gegenwärtigen Parteivorsitzenden Hua Guofeng ins politische Zwielicht: Noch auf dem XI. Parteitag der KPCh im August 1977 hatte Hua in seinem politischen Bericht Liu Shaoqi dreimal im gleichen Atemzug mit Lin Biao und der "Viererbande" als "absolut besserungsunwilligen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" inkriminiert, Liu der Führung eines bürgerlichen Hauptquartiers beschuldigt und Mao mit dem Verdikt zitiert, Liu Shaoqi sei ein "politischer Schwindler" gewesen (48a).

Dem Kommuniqué der 5. Plenartagung zufolge beschloß das ZK im Fall Liu Shaoqi weiterhin, "die falschen Anschuldigungen 'Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeitverräter' der 12. Plenartagung des VIII. ZK der Partei gegenüber Genossen Liu Shaoqi und den falschen Beschluß, ihn 'für immer aus der Partei auszuschließen und all seiner Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben', rückgängig zu machen. Es wurde ferner beschlossen, den früheren Untersuchungsbericht zu annullieren und den Ruf des Genossen Liu Shaoqi als großer Marxist und proletarischer Revolutionär und einer der erstrangigen Partei- und Staatsführer wiederherzustellen. Zu einem geeigneten Zeitpunkt soll eine Trauerfeier für Genossen Liu Shaoqi stattfinden. Alle mit dem Fall des Genossen Liu Shaoqi zusammenhängenden ungerechtfertigten und unbegründeten falschen Urteile

sollen von den entsprechenden Abteilungen revidiert werden. Dieser Beschluß soll im Geist der Einheit und mit Blick nach vorn der ganzen Partei und dem ganzen Volk unterbreitet werden, um die durch die falsche Behandlung des Genossen Liu Shaoqi hervorgerufenen Auswirkungen zu überwinden und die Genossen der ganzen Partei und das ganze Volk zu ermutigen, sich vereint und voller Zuversicht für die Verwirklichung der 'Vier Modernisierungen' einzusetzen" (49).

10. Vorschlag an den Nationalen Volkskongress, die "Vier Großen" in der Verfassung zu streichen

Die "Vier Großen" (daming, dafang, dabianlun, dazibao), d.h. freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen, waren 1966 als "Errungenschaft der Großen Proletarischen Kulturrevolution" eingeführt worden. Noch im März 1978 hatten sie in die Verfassung der Volksrepublik China Eingang gefunden, und zwar in Artikel 45. Über die Gründe für die nun beantragte Streichung der "Vier Großen" machte das offizielle Kommuniqué der 5. Plenartagung folgende Angaben: "Die Tagung ist der Ansicht, daß es eine unerschütterliche Politik unserer Partei ist, die sozialistische Demokratie zu entfalten, das sozialistische Rechtssystem weiter zu verbessern und sicherzustellen, daß das Volk in vollem Umfang das Recht und die Gelegenheit hat, seine Meinungen über die Staatsangelegenheiten zu äußern, den Führern von Partei und Staat Vorschläge zu unterbreiten und Kritik an ihnen zu üben. Aber die Erfahrungen zeigen, daß freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen, d.h. die sogenannten 'Vier Großen', kein geeignetes Mittel zur Erreichung dessen sind. Insgesamt gesehen, haben sie bei der Sicherstellung der demokratischen Rechte des Volkes niemals eine positive Rolle gespielt; im Gegenteil, sie haben das Volk an der normalen Ausübung seiner demokratischen Rechte gehindert. Um solche Unruhefaktoren auszuschalten, beschloß die Tagung, dem Nationalen Volkskongreß vorzuschlagen, die in Artikel 45 der Verfassung der Volksrepublik China enthaltene Formulierung: Die Bürger 'haben das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen' zu streichen" (50).

Sollte der Nationale Volkskongreß - woran eigentlich nicht zu zweifeln ist - diesen Abänderungsvorschlag billigen, so bleibt in Artikel 45 der Verfassung nach wie vor das Recht auf freie Meinungsäußerung verbrieft, denn es heißt dort: "Die Bürger genießen die Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Publikation, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen und Protestdemonstrationen sowie des Streiks" (51). Das Recht auf die Veröffentlichung von Wandzeitungen wäre im Fall der Zustimmung des Nationalen Volkskongresses aller-

dings kein Verfassungsrecht mehr. Die vom Zentralkomitee der KPCh beantragte Abschaffung gerade dieses Rechts muß im Zusammenhang gesehen werden mit den Wandzeitungen der chinesischen Opposition während der sogenannten "demokratischen Bewegung" von Herbst 1978 bis Herbst 1979, die nach Meinung der Mehrheit der Parteiführung zu einem Medium zumeist antisozialistischer Kräfte wurden und deshalb einer Einschränkung und strikter Kontrolle unterworfen wurden (52).

Offenbar erfolgte der Beschluß des Zentralkomitees auf Annullierung des Rechts auf Wandzeitungen usw. jedoch nicht einstimmig, denn es fehlte im offiziellen Kommuniqué - im Gegensatz beispielsweise zum Beschluß über die Rehabilitierung Liu Shaoqis - ein entsprechender Hinweis.

Anscheinend gibt es also auch innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas Widerstand gegen die Abschaffung einer der wenigen wirklichen Errungenschaften der Kulturrevolution. Trotzdem kann nicht angenommen werden, daß sich der Nationale Volkskongreß der Mehrheitsmeinung des Zentralkomitees verschließen wird - dies wäre nämlich ein flagranter Verstoß gegen das Prinzip des "demokratischen Zentralismus". Ein derartiger Beschluß wäre darüber hinaus auch ein Sabotageakt gegen den Kurs Deng Xiaopings, mit Produktion und Law and Order die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" zu erreichen, um China langfristig zu einer sozialistischen Großmacht zu machen.

Anmerkungen:

1) Die von mir verwandte Bezeichnung "Realisten" für die Fraktion um Deng Xiaoping ergibt sich aus dem Grundgehalt der zwei zentralen ideologischen Zauberformeln der Deng- Xiaoping-Fraktion: "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" und "Die Praxis ist das einzige Kriterium für die Wahrheit".

2) Zur 3.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der KPCh siehe BRu, 1978/Nr.52; H.Martin "Innerparteiliche Auseinandersetzungen und die erste Entmaoisierungsphase. Die zentrale Arbeitskonferenz und das 3.Plenum des XI.Zentralkomitees Ende 1978 sowie deren Auswirkungen 1979", in C.a., Juni 1979, S.672- 696.

3) Ich verwende den Begriff "Demaoisierung", weil eine "Entmaoisierung" in den Formen der "Entstalinisierung", von der der Begriff "Entmaoisierung" ja abgeleitet ist, eben gerade nicht vollzogen wird: Mao Zedong wurde weder von einem auf den anderen Tag verdammt, noch wurde und wird er frontal und total kritisiert oder gar aus seinem Mausoleum entfernt. Vielmehr findet die Demontage Maos graduell und inhaltlich statt, während man der Form nach an Mao festhält. In der Praxis findet eine totale Negation Maos insofern statt, als praktisch

sein gesamtes sozialistisches Entwicklungsmodell und Revolutionskonzept, seine politischen und philosophischen Auffassungen über den Haufen geworfen werden. Insofern ist das, was derzeit in der Volksrepublik China mit Mao Zedong postum geschieht, auch mehr als eine bloße "Entgötterung" oder "Entmystifizierung", wie man dies in der chinesischen Presse Mitte letzten Jahres lesen konnte. Was gegenwärtig mit Mao Zedong in der VR China geschieht, ist eine abstrakte Position Maos mit Lippenbekenntnissen wie "an den Mao-Zedong- Ideen festhalten" (zur Uminterpretation der "Mao-Zedong-Ideen" siehe C.a., September 1979, S.1028 und C.a. Oktober 1979, 0.23), jedoch eine konkrete Negation Maos und seiner Politik. Der Form nach hält man noch an Mao fest, dem Inhalt nach hat man sich jedoch schon 10.000 Meilen von ihm entfernt. "Abstrakte Bejahung und konkrete Verneinung" der Person und Politik Mao Zedongs, das ist "Entstalinisierung" auf Chinesisch bzw. Demaoisierung.

4) Siehe das "Kommuniqué der 5.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas" in DGB, 1.3.80, deutsch in BRu, 11.3.80.

5) Zur 4.Plenartagung siehe W.Bartke, P.Schier, "Die 4.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (25.-28.9.1979)", in C.a., September 1979, S.1027-1032.

6) Siehe C.a., September 1979, S.1030-1031.

7) Volltext der Rede von Deng Xiaoping am 16.1.1980 in Zhengming, Nr.29 (1.3.1980), S.11-23.

8) Dongxiang, Nr.17 (16.2.80), S.4.

9) Aus allen Landesteilen der VR China meldeten die Provinz-Radiosender Sitzungen der Parteikomitees, der lokalen Volkskongreß- und Regierungsorgane, von Massenorganisationen und Parteien sowie geisteswissenschaftlichen Gesellschaften, die sich mit dem Studium der Deng-Rede befaßten. In fast allen Bereichen wurde die große Bedeutung dieser Rede für die weitere Zukunft des Landes hervorgehoben (siehe die von Mitte Februar bis Anfang März in SWB abgedruckten Rundfunkmeldungen). Die Deng-Rede war ebenfalls Gegenstand einer speziell hierzu einberufenen Sitzung von Vertretern der dem Zentralkomitee direkt unterstehenden Organe, wie z.B. der Militärkommission, des Allgemeinen Amtes, der Organisationsabteilung, der Parteischule usw. (Xinhua, 14.2.80, nach SWB, 18.2.80). Auch der Ständige Ausschuß des 5.Nationalen Volkskongresses beschäftigte sich auf seiner 13.Sitzung vom 4.-12.2.1980 mit der Rede Deng Xiaopings (Xinhua, 7.2.80, nach SWB, 11.2.80).

10) Die chinesischen Massenmedien brachten vor allem Berichte über die Notwendigkeit von "Law and Order" (anding tuanjie; wörtlich übersetzt: "Stabilität und Einheit") (siehe

- GMRB, 29.1.80, 7.2.80; RMRB, 21.2.80; Radio Changsha, 12.2.80, nach SWB, 20.2.80; Radio Changchun, 11.2.80, nach SWB, 20.2.80) und über zwei weitere Voraussetzungen für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen", nämlich den harten Kampf und das einfache Leben sowie die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas (siehe verschiedene Rundfunkmeldungen nach SWB, 15.2.80; GMRB, 4.2.80; RMRB, 17.2.80).
- 11) Zhengming, Nr.29 (1.3.1980) S.12.
- 12) Zur Rede Ye Jianyings siehe W.Bartke, P.Schier, "Die 4.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (25.-28.9.1979)" in C.a., September 1979, S.1027-1030.
- 13) Vgl.Anm.3.
- 14) RMRB, 30.9.79.
- 15) Ebenda; vgl. Zhengming, Nr.29 (1.3.80), S.15.
- 16) Siehe zum Beispiel die Mao-Zitate in "Eine theoretische Waffe für die Revolution unter der Diktatur des Proletariats" (HQ, 1967/Nr.10), in den Leitartikeln der Volkszeitung vom 23.5.1967 und vom 10.4.1968 und in "Eine glänzende neue Idee, ein neuer großer Beitrag - zum Studium der Idee über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats in Bd.V der 'Ausgewählten Werke Mao Zedongs'" (HQ, 1977/Nr.5).
- 17) Zhengming, Nr.29, (1.3.80) S.16.
- 18) Ebenda.
- 19) Ebenda, S.16 f.
- 20) Ebenda, S.17.
- 21) Siehe C.a., Dezember 1979, 0 21.
- 22) Zhengming, Nr.29 (1.3.80), S.19.
- 23) Ebenda.
- 24) Ebenda.
- 25) Ebenda, S.21.
- 26) Ebenda, S.22.
- 27) Ebenda, S.23.
- 28) RMRB, 28.1.80.
- 29) RMRB, 25.1.79 und 25.3.79
- 30) Allein in der Provinz Fujian wurden in den 4 Monaten von Januar bis April 1979 von den Disziplinarkontrollkommissionen 1.560 Personen mit der Begründung aus der Partei ausgeschlossen, sie hätten die Parteidisziplin verletzt und den Arbeitsstil der Partei zerstört. Gegen weitere 673 Personen wurden aus den gleichen Gründen disziplinarische Maßnahmen ergriffen (Xinhua, 22.8.79, nach SWB, 24.8.79).
- 31) RMRB, 25.3.79 und 28.1.80
- 32) Siehe den "Beschuß der 5.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Einberufung des XI.Parteitages" in DGB, 2.3.1980; deutsch in BRu, 11.3.80.
- 33) Siehe Anmerkung 4).
- 34) Siehe das Statut der KP Chinas von 1977, in C.a. Oktober 1977, S. 728 ff. Zum XI.Parteitag der KPCh siehe u.a. C.a., August 1977, 0 13 und S.500-501; C.a., September 1977, 0 15 und S.581-583; C.a., Oktober 1977, S.677-735, 765-809; BRu, 1977/35, 36.
- 35) Siehe Anmerkung 4).
- 35a) Zhengming, Nr.25 (1.11.79), S.5. Zur Rede Yejian Yings am 29.9.1979 siehe W. Bartke, P. Schier, op.cit., S.1027-1030
- 36) Tanjug, 8.2.80, nach MD, 12.2.80.
- 37) Bangkok Post, 10.2.80, nach SWB, 14.2.80.
- 38) Siehe Anmerkung 4).
- 39) RMRB, 7.2.77; Jiefangjun Bao, 7.2.77; HQ, 1977/Nr.3, S.18.
- 40) H.Martin, op.cit., S.689.
- 41) Siehe C.a., Mai 1979, 0.24; C.a., Oktober 1979, 0 27.
- 42) Siehe C.a., August 1979, 0 11.
- 43) DGB, 2.3.80; deutsch in BRu, 11.3.80.
- 44) Siehe Anmerkung 4).
- 45) Siehe Anmerkung 4).
- 46a) Siehe das Kommuniqué des 12. Parteitages des VIII. ZK der KPCh in: HQ, 1968/Nr.5, S.27-32
- 46) Siehe DGB, 15. und 16.3.1980.
- 47) Siehe die Berichterstattung hierüber in C.a., März 1979, 0.10; C.a., Juni 1979, 0 25; C.a., August 1979, S.886; C.a., September 1979, 0 19.
- 48) Siehe Anmerkung 4).
- 48a) Siehe den "politischen Bericht auf dem XI Parteitag der KPCh" von Hua Guofeng in: HQ, 1977/Nr.9
- 49) Siehe Anmerkung 4).
- 50) Siehe Anmerkung 4).
- 51) Siehe C.a., Mai 1978, S.268.
- 52) Siehe C.a., Oktober 1979, 028; C.a., November 1979, 034 u. 035; C.a., Dezember 1979, 021. Vgl. Yu-Hsi Nieh, "Der unbeständige Pekinger Frühling" in C.a., November 1979, S. 1217-1223.